Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 2248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Markenkommagelle entgegen. Einsendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 133. [52. Jahrgang.] Sonntag den 8. Juni 1913. Erste (Abend-)Ausgabe. [52. Jahrgang.] Nr. 133.

Berlin, den 7. Juni.

Rundschau im Auslande.

Ein neuer Sieg des Kabinetts Barthou.

In der französischen Kammer forderte gestern der Deputierte Painlevé Erklärungen über die Zurückziehung der Strafverfügung gegen den Direktor der städtischen Polizei Touny. Minister des Innern Klotz erklärte, er habe Touny in gutem Glauben bestraft, sich aber nach einer neuen Untersuchung davon überzeugt, daß er sich in einem Irrtum befunden habe. Ministerpräsident Barthou bestätigte die Erklärungen und meinte, er sähe nicht die Notwendigkeit, die Anfrage zu einer Interpellation umzugestalten. Trotzdem beschloß die Kammer mit 267 gegen 257 Stimmen diese Umgestaltung. — Ueber deren Erledigung wird berichtet:

Paris, 6. Juni. Kammer. Im Verlauf der Beratung über die Interpellation Painlevé wiederholte der Minister des Innern Klotz, daß die anfangs gegen den Polizeidirektor Touny verfügte Maßregelung auf Grund der Untersuchung erfolgt sei, die ergeben habe, daß Touny seine Vorgesetzten von der beabsichtigten Kundgebung und den Maßnahmen, die er dagegen zu ergreifen gedachte, nicht in Kenntnis gesetzt habe. Die ergänzende Untersuchung habe dann das Gegenteil ergeben, worauf die gegen Touny ergriffene Maßnahme rückgängig gemacht worden sei. Painlevé brachte darauf eine Tagesordnung ein, in der das Verhalten der Regierung getadelt wird, und verlangte hierfür Priorität. Ministerpräsident Barthou erklärte, er lehne diesen Antrag ab und mache seine Stellung als Ministerpräsident von der Haltung der Kammer abhängig. Er führte weiter aus, daß man dadurch nur die Regierung hindern wolle, ihre Aufgabe zu erfüllen. Täglich ereigneten sich neue Angriffe. Die Kammer müsse sich jetzt einmal klar und deutlich aussprechen. Sie werde sicherlich den großen Interessen der nationalen Verteidigung, die die Regierung gegenwärtig zu vertreten habe, und diesem unwichtigen Zwischenfall nicht das gleiche Gewicht beilegen. Sie werde mit der Regierung an dem von ihr unternommenen nationalen Werke weiter arbeiten. (Lebhafter Beifall.) Darauf wurde die Priorität der Tagesordnung Painlevés mit 312 gegen 226 Stimmen abgelehnt. Sodann brachte André Hesse eine einfache Tagesordnung ein, die Barthou unter Stellung der Vertrauensfrage ebenfalls zurückwies. Darauf lehnte die Kammer die einfache Tagesordnung mit 318 gegen 221 Stimmen ab und nahm schließlich mit 347 gegen 210 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung an.

Paris, 7. Juni. Mehrere Blätter, namentlich die gemäßigt republikanischen und nationalistischen, erklären, das Ministerium habe auch seinen gestrigen Sieg der Tatsache zu verdanken, daß die Mehrheit der Kammer das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit durchbringen wolle. So meint „Libre Parole": Die Mehrheit, die für das Ministerium stimmte, ist die Mehrheit für die dreijährige Dienstzeit. Sie besteht aus allen jenen Deputierten, die ohne Unterschied der Parteirichtung das Ministerium Barthou unterstützen, weil sie fürchten, daß dessen Sturz auch eine Niederlage für das unerläßliche Werk der nationalen Verteidigung werde. — Die radikale „Lanterne" schreibt: Das Ministerium Barthou wird schließlich den Anschein eines reaktionären Kabinetts erhalten. In der Kammer und in der öffentlichen Meinung wird sich eine Mehrheit der Rechten und eine Minderheit der Linken bilden, und die Partei der Republikaner wird zerklüftet vor die Wählerschaft treten.

Das französische Heereswesen.

Paris, 7. Juni. Nach dem Gesetzentwurf über die Verbesserung des Gehalts der Offiziere werden, wie die „France Militaire" berichtet, die Divisionsgenerale monatlich 100, die Brigadegenerale 210, die Obersten 276, die Oberstleutnants 235, die Majore 208, die Hauptleute 183, die Leutnants 110 und die Unterleutnants 72 Frank mehr beziehen.

Der Kriegsminister brachte in der Kammer eine Kreditforderung von 52 500 Frank zur Errichtung einer besonderen Abteilung für Luftschiffahrt und Flugwesen im Kriegsministerium ein. In der Begründung heißt es: Die Entwicklung der Militärluftschiffahrt und des Flugwesens sowie die besondere Zusammensetzung des Luftschiffahrt- und Fliegerpersonals rechtfertigen durchaus die Errichtung dieser Abteilung.

Jaurès gegen die Heeresvorlage.

Paris, 6. Juni. Jaurès brachte in der heutigen Kammersitzung seinen Gegenentwurf gegen die Regierungsvorlage über die dreijährige Dienstzeit ein. Jaurès beantragt: 1) Vom 1. Oktober 1914 angefangen, dauert die aktive Dienstzeit nur 18 Monate. 2) Die jungen Leute von 17 bis 21 Jahren sind bei Einberufung der Militärbehörden verpflichtet, jeden Monat eine eintägige militärische Uebung abzuleisten. 3) Die Reservisten werden außer der durch das Gesetz von 1905 bestimmten Dienstübung jedes Vierteljahr zu zweitägigen militärischen Uebungen einberufen. 4) Vom Oktober 1916 angefangen, dauert die Militärdienstzeit ein Jahr, und vom Oktober 1918 angefangen, sechs Monate.

Das Kabinett Romanones.

Madrid, 6. Juni. In der Kammer erwiderte Ministerpräsident Romanones auf die gestrigen Ausführungen Azcarates und erklärte u. a.: Wenn die Mitglieder der Linken mit uns enger zusammenarbeiten wollten, könnte unser ganzes Programm verwirklicht werden. Alles was die Bedeutung einer Annäherung der Republikaner an die Monarchie hat, verdient die warme Anerkennung der Liberalen, und fern davon, den Republikanern den geringsten Widerstand entgegenzusetzen, haben wir ihnen vielmehr aufrichtig die Arme geöffnet. Romanones schloß mit einer Aufforderung insbesondere an die republikanisch-reformistische Gruppe, zur Monarchie überzugehen. Unsere Arme, sagte der Ministerpräsident, ich wiederhole es Ihnen, sind geöffnet, und die Regierung wartet auf Sie. (Beifall bei den Liberalen.)

Madrid, 7. Juni. In der gestrigen Sitzung des Senats, in welcher der Freundschaftsvertrag mit Japan zur Beratung stand, widersetzte sich der frühere Minister und Konservative Allen de Salazar einer Abstimmung mit der Behauptung, daß nicht genügend Senatoren anwesend seien. Der Minister des Aeußern erwiderte und sprach sein Bedauern über die systematische Obstruktion der Konservativen gegenüber allen Vorlagen der Regierung aus, da eine solche Haltung dem Lande ernstlichen Schaden bringe. Der Republikaner Junoy tadelte ebenfalls die Konservativen und äußerte sich dann in anerkennenden Worten über den König, namentlich wegen der Art, wie er die Ministerkrisis gelöst, und weil er die wegen der Ereignisse in Cullera zum Tode Verurteilten begnadigt habe.

Die Frauenstimmrechtlerinnen in England.

London, 6. Juni. Während der heutigen Sitzung der Friedensdelegierten im St. Jamespalaste hielt die Liga für die Freiheit der Frau vor dem Palaste eine Versammlung ab. Reden wurden gehalten, wobei eine der Rednerinnen vom Publikum dreimal von ihrem Platze heruntergeholt wurde. Drei Frauen wurden verhaftet. Die Frauenversammlung protestierte gegen die Regierung, die glaube, den Frieden im Auslande sichern zu können, während sie den Frieden im Inlande nicht erhalten könne.

Aus Kanada.

Ottawa, 7. Juni. Der kanadische Premierminister Borden hat im Unterhause die Erklärung abgegeben, daß die Regierung die Flottenvorlage später von neuem einbringen werde. — Das Parlament hat sich vertagt.

Die kanadische Regierung hat durch den britischen Botschafter in Washington gegen einen im Kongreß gestellten Antrag Vorstellungen erhoben, wonach auf die Einfuhr von Papiermasse aus den kanadischen Provinzen, welche die Ausfuhr Beschränkungen unterwerfen, ein Zoll von zwei Dollar pro Tonne gesetzt werden soll.

Araberaufstand im Persischen Golf.

Basra, 6. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach Nachrichten, die von dem Dampfer „John Scott" über den Araberaufstand im Persischen Golf überbracht worden sind, haben türkische Soldaten den „John Scott" in Dampfbooten verlassen und sind am 29. Mai bei Djair an Land gegangen. Hier nahmen sie eine von zwei Befestigungen ein, ohne Widerstand zu finden. Später wurden sie von dem Araberscheich Ben Saoud und einer größeren Abteilung von Beduinen überrascht. Diese warfen die Soldaten auf die Insel Bahrein zurück, nachdem sie sie ihrer Waffen beraubt hatten. Es wurden ungefähr 60 türkische Soldaten und 40 Araber getötet. Die türkischen Truppen kehrten an Bord des „John Scott" nach Basra zurück.

Kleinere politische Nachrichten.

Aus **Paris** wird gemeldet: Präsident Poincaré ist gestern abend in Begleitung des Kriegsministers und des Marineministers nach Toulon abgereist, um dem Schluß der Flottenmanöver und der Flottenparade beizuwohnen. — Das Erträgnis der indirekten Steuern und Monopole im Monat Mai übersteig den Budgetvoranschlag um 27 Millionen. Darunter ergeben die Zölle allein ein Mehrerträgnis von 19½ Millionen Frank. „Lloyds" meldet aus **Athen**, daß der belgische Dampfer „Kurland" bei Phleva auf eine Mine gelaufen ist. — Der Dampfer wurde nach Phaleron geschleppt und dort auf den Strand gesetzt. — Einem Berichte aus **Santiago de Chile** zufolge weist die offizielle Statistik nach, daß die Salpetergewinnung in diesem Jahre um 4 400 000 Zentner zugenommen hat, und daß die Ausfuhr um mehr als 3 500 000 Zentner gegen das Vorjahr gestiegen ist. Der Verbrauch erhöhte sich nur um 890 000 Zentner. — Nach einer Meldung der Pariser „New York Herald" aus **Hongkong** wurde der französische Dampfer „Lebaudy" bei Jungk von Piraten angegriffen, die einen chinesischen Reisenden töteten und fünf chinesische Reisende und einen Maschinisten verwundeten. Die Piraten raubten u. a. Bargeld im Betrage von etwa 50 000 ℳ.

Die Lage auf der Balkanhalbinsel.

Die Friedensdelegierten in London.

London, 6. Juni. Die heutige Konferenz der Friedensdelegierten dauerte 3½ Stunden. Die griechischen Delegierten wohnten der Sitzung bei, obwohl sie noch nicht die Zusicherungen, die sie von der Türkei verlangen, erhalten hatten. Ihre Anwesenheit wird als ein gutes Vorzeichen angesehen. In der Sitzung wurde lange über das Protokoll verhandelt, es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, die einige Delegierte veranlassen werden, an ihre Regierungen zu berichten. Die nächste Sitzung wird morgen nachmittag um 5 Uhr stattfinden.

Vom Balkanbund.

Paris, 6. Juni. Dem „Temps" wird aus Cetinje telegraphiert: Bei dem vom griechischen Gesandten anläßlich des Geburtstages König Konstantins gegebenen Empfang brachte der montenegrinische Minister des Aeußern einen Trinkspruch auf die „Erhaltung des unerläßlichen Bündnisses" aus. Der bulgarische Geschäftsträger erwiderte, es wäre „in der Tat verbrecherisch, wenn man das Bündnis nicht aufrecht erhielte."

Serbische Berichtigungen.

Belgrad, 6. Juni. Das serbische Preßbureau meldet: Alle Nachrichten über angebliche Zusammenstöße zwischen der bulgarischen und serbischen Armee an der alten und neuen Grenze bei Pirot, Veles und Gevgeli sind unwahr. Ebenso unwahr ist die Nachricht, daß man Vorbereitungen zum Abzug der serbischen Truppen aus Monastir treffe. Die Räumung Istips auf dem linken Ufer des Wardar ist in aller Ordnung ohne blutige Zusammenstöße vor sich gegangen. Alle derartig falschen Nachrichten werden im gegenwärtigen Augenblick mit einer gewissen Absicht in die Welt gesetzt und sind mit Vorsicht aufzunehmen. Die serbischen Truppen haben den gemessenen Befehl, nirgends aggressiv aufzutreten, was auch bisher streng eingehalten wurde. Hinsichtlich ähnlicher in Belgrad selbst auftretender Nachrichten kann festgestellt werden, daß man von amtlicher Seite an die in Belgrad erscheinenden Zeitungen die Aufforderung erließ, derartigen unwahren Nachrichten keinerlei Glauben zu schenken.

Der Rücktritt des bulgarischen Kabinetts.

Sofia, 6. Juni. Das offiziöse Blatt „Mir" meldet, daß Ministerpräsident Geschow schon am 30. Mai unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, welcher den Abschluß der Hauptaufgabe des Balkanbundes bezeichne, in der Annahme, daß der Tag der Liquidation gekommen sei, dem König die Demission des Kabinetts überreicht habe. Der König habe bereits alle Führer der Opposition zu sich berufen und werde demnächst Dr. Danew empfangen, worauf dann die Krise gelöst werde.

Konstantinopel.

Konstantinopel, 6. Juni. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Hiesige Handelskreise erwägen den Plan, Konstantinopel zu einem Freihafen zu machen. Die Ergebnisse der zur Klärung dieser Frage vorgenommenen Studien werden der Regierung binnen kurzem unterbreitet werden.

Rückblicke.

Am 3. Juni wurden die Hauptwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause vollzogen. Bis auf vier Mandate, über die Stichwahlen zu entscheiden haben, sind sämtliche Sitze endgültig vergeben worden. Die Konservativen verfügen danach im neuen Hause über 147, die Freikonservativen über 63 Sitze; 73 Mandate sind den Nationalliberalen, 37 der Volkspartei, 103 dem Zentrum zugefallen; außerdem wurden 12 Polen, 2 Dänen, 10 Sozialdemokraten, 1 Deutschsozialer und 1 Christlichsozialer gewählt. Nach dem Stande vom 7. Mai d. J. verteilten sich die Sitze im alten Hause wie folgt: Konservative 154, Freikonservative 59, Nationalliberale 65, volksparteilich 36, Zentrum 102, Polen 14, Sozialdemokraten 6, Bund der Landwirte 1, Dänen 8. Daneben waren 4 Mandate erledigt. Eine Vergleichung ergibt, daß durch die Neuwahlen wohl einige Verschiebungen herbeigeführt worden sind, die aber auf Mehrheitsbildungen keinen großen Einfluß auszuüben vermögen.

* * *

Der bedauerliche Vorfall bei Stettin, bei dem ein Arbeitswilliger einen Ausständigen erstach, wird sein gerichtliches Nachspiel haben. Es erscheint daher angemessen, sich eines Urteils über die Tat zu enthalten, bis die Entscheidung des Gerichts nach Gesetz und Recht ergangen ist. Nach dem „Vorwärts" ist es selbstverständlich, daß auf seiten der Ausständigen auch nicht der Schatten einer Schuld zu finden ist. Sie allein sind „provoziert" worden. Zu welch anderem Zweck sie aber die Fabrik umlagerten, als zur Einschüchterung und Verscheuchung der Arbeitswilligen, darüber gibt er seinen Aufschluß. Kein Wunder bei einer Aufstiftung, die den terroristischen Druck auf Andersdenkende nicht nur als tatsächliche Erscheinung duldet, sondern nun so weit gelangt ist, den Terrorismus als berechtigte Waffe im wirtschaftlichen Kampfe hinzustellen. Gerade in den letzten Tagen war über diese Frage in der „Werkvereins-Correspondenz" zu lesen: „Das stärkste Band, das die genannten freien, in Wahrheit sozialdemokratischen Verbände noch zusammenhält, ist der Terrorismus, der gewalttätige Druck auf andersdenkende Arbeiter, sich der roten Organisation anzuschließen oder in ihr zu verharren. Dieser Druck wird noch immer — allen heuchlerischen Kultur- und Bildungsphrasen der Sozialdemokratie zum Trotz — ausgeübt durch rohe Gewalt. Jeder größere Streik bringt eine fortwährend wachsende Anzahl von Fällen roher Gewalttätigkeit gegen Nichtstreikende mit sich. Je mehr die Zahl derjenigen Arbeiter möchte, die die Nutzlosigkeit des roten Streikaberglaubens durchschauen, mit desto mehr Gewalttätigkeit versucht die rotorganisierte Mehrheit der zum selbständigen Nachdenken gekommenen Minderheit ihren Willen durch das Argument der Wehrzahl der Fäuste und noch schlimmerer und roherer Hilfsmittel aufzubrängen. Wo die rohe Gewalt aus irgendwelchen Gründen nicht anwendbar ist, wird die Waffe der Wehrzahl dadurch ausgenutzt, daß auf den Arbeitgeber ein Druck ausgeübt wird zu dem Zwecke, den einzelnen Andersdenkenden brotlos und dadurch gefügig zu machen. Ohne die Anwendung dieses Terrorismus würden die gewerkschaftlichen sozialdemokratischen Organisationen längst infolge der Verfehltheit ihrer Taktik und Ziele bedeutungslos geworden sein. Versuchte die Sozialdemokratie bisher diesen gewalttätigen Terrorismus einfach abzuleugnen, so ist ihr das heute infolge der Unzahl der vorhandenen Beweise — man denke nur an die Unmenge von gerichtlichen Terrorismusverurteilungen im Anschluß an den Streik im Ruhrrevier — nicht mehr möglich. Sie versucht daher nunmehr, den gewerkschaftlichen Terrorismus theoretisch zu rechtfertigen. Zuerst war es der bekannte Rechtsanwalt des Metallarbeiterverbandes und Verteidiger in zahlreichen Terrorismusprozessen Heinemann, der merkte, daß man den Terrorismus nicht länger ableugnen konnte, und der ihn deshalb mit einem Gewebe von juristischen Spitzfindigkeiten und falschen sozialen Phrasen als berechtigt hinzustellen versuchte. Ihm folgte bald der ganze Schwarm der sozialdemokratischen Preßorgane, an der Spitze natürlich das Korrespondenzblatt der roten Gewerkschaften, was nicht zu verwundern ist, da ja, wie erwähnt, die Ausübung des Terrorismus für die „freien" Gewerkschaften eine Lebensfrage ist." Und weiter heißt es: „Jede Organisation muß natürlich dahin streben, möglichst alle organisationsfähigen Elemente zu sich heranzuziehen. Sie wird zu diesem Zweck denen, die sich der Organisation anschließen, wirtschaftliche Vorteile in Aussicht stellen und gewähren, woraus dann naturgemäß denen, die sich nicht anschließen, wirtschaftliche Nachteile erwachsen. Jeder Mensch muß schließlich damit rechnen, daß ihm aus der Betätigung seiner freien Ueberzeugung wirtschaftliche oder gesellschaftliche Nachteile erwachsen. Daher wird auch eine Organisation auf die ihr Fernstehenden einen gewissen moralischen und gesellschaftlichen Druck zum Anschluß an die Organisation ausüben dürfen. Aber dieser Druck darf niemals dahin führen, daß der seiner selbständigen Ueberzeugung Folgende in seinem Broterwerb oder gar an Leben und Gesundheit gefährdet wird. Der moralische Druck darf niemals zum wirtschaftlichen oder körperlichen Zwang werden, denn sonst ist die Ueberzeugungsfreiheit, eines der wichtigsten Güter der Kulturmenschheit, in Frage gestellt. Einen gesunden Organisationszwang, wie ihn die Gewerkschaftstheoretiker konstruieren, gibt es also überhaupt nicht. Der gesunde Organisationsdruck, den die Arbeiterorganisationen und auch die Werkvereine ausüben, ist etwas ganz anderes als der rote Terrorismus, der den Andersdenkenden bis aufs Blut peinigt, ihn brotlos macht und von Werkstatt zu Werkstatt jagt oder ihn oft genug sein Leben lang zum Krüppel macht. Dieser Terrorismus ist es, den wir bekämpfen und stets bekämpfen werden, und mit dem der gesunde Organisationsdruck so wenig zu tun hat wie die Strafe oder Ermahnung des Lehrers und Erziehers mit Mord oder Körperverletzung." Sollte es sich im Stettiner Fall zeigen, daß der Arbeitswillige ohne dringende Gefahr für Leib und Leben, also nicht in der Notwehr, zum Messer gegriffen hat, so würde sein Verhalten gerade von denjenigen als verwerflich angesehen werden, die den Terrorismus der von der Sozialdemokratie irregeleiteten Arbeiter entschieden bekämpfen. Immerhin würde es sich um einen jener Einzelfälle handeln, die unter keinen Umständen als typisch bezeichnet werden dürfen, während der sozialdemokratische Terrorismus in der Tat eine allgemeine Erscheinung ist, mag er sich nun in der Schroffsten Gestalt körperlicher Angriffe oder in der Verdrängung von der Arbeitsstätte zeigen.

* * *

Ein Gegenstand eifriger Erwägungen und darauf beruhender Maßnahmen bleibt andauernd die Frage der einheimischen Landarbeiterschaft. Als programmatisch ist hierfür wohl die Resolution anzusehen, die der Deutsche Landwirtschaftsrat neuerdings gefaßt hat. Es wurde darin als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet, die wirtschaftliche und soziale Lage dieser Bevölkerungsschicht in jeder Weise zu heben, um wieder einen an Zahl ausreichenden seßhaften Landarbeiterstand heranzuziehen, wo er etwa verlorengegangen sei. Solches Vorgehen empfehle sich dringend, zumal die steigende Verwendung ausländischer Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft bei gleichzeitig anwachsender Neigung zur Landflucht eine ernste Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft und Volksernährung, insbesondere bei etwaigen Kriegszeiten, erblicken lasse. Wie damals einer der Berichterstatter ausführte, sind bei der Seßhaftmachung unserer Arbeiter namentlich in den Gebieten östlich der Elbe gewisse Schwierigkeiten zu ebnen. Sei doch sehr oft auch bei den kleinen Leuten eine intensive Sommerarbeit nötig, sodaß es im Winter an Beschäftigung für sie fehle. Ein Mittel, die heimischen Arbeiter zu fesseln, wäre möglichste Ausnutzung der Eigenwirtschaft. Dadurch würden allerdings auch die Aufgaben der Arbeiterfrauen mehr ausgedehnt, was diese nicht wollen, und hier liege vielfach mit ein Grund für die Landflucht. Mithin empfehle sich der Ausbau wirtschaftlicher Einrichtungen auf dem Lande, an denen auch der kleine Mann und Arbeiter interessiert sei, so z. B. Eier- und Geflügelverwertungsgenossenschaften. Durch Naturallöhne erwecke man das Interesse des Arbeiters am landwirtschaftlichen Betrieb und fessele ihn an das Land. Da habe sich besonders die Gewährung eines Anteils am Dreschertrag sehr günstig erwiesen. Wo diese Verhältnisse bestehen, solle man sie beibehalten und nicht ablösen. Wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiterschaft müßte Hand in Hand gehen mit der Fürsorge für die gesamte Bevölkerung und unter Mitwirkung der Betriebsunternehmer. Von der andern Seite werde Hebung der Landarbeiterschaft ohne diese Mitwirkung erstrebt. Die sozialdemokratische Organisation der Feld-, Wald- und Wiesenarbeiter wirkt dahin, die ziemlich hohe Beiträge von den Landarbeitern nimmt. Das Ziel dieser Organisation bezweckt aber nicht die Unterstützung der Landarbeiter, sondern die Schürung der Gegensätze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, mit dem Endziel des Erntestreiks.

Wie hinreichend bekannt, läßt sich die sozialdemokratische Partei diesen Zweig ihrer Betätigung etwas kosten und verwendet bis zu 50 000 ℳ im Jahre allein von der Zentralstelle aus für die Landagitation. Vorderhand sind freilich die positiven Erfolge gering gewesen und haben eigentlich nur in Gegenden, die zugleich mit Industriearbeitern durchsetzt erscheinen, „bessere" Zahlen erbracht. Wobei übrigens noch die Vermutung naheliegt, daß man dort häufig beide Augen gegenüber der wahren Beschäftigungsart solcher „Landarbeiter" zudrückt, um nur erst einen Stamm Organisierter unter der erwünschten Flagge beisammen zu wissen. Denn in den östlichen preußischen Provinzen hat die „freie" Landarbeitergewerkschaft so gut wie nichts erreicht. Hier ist es dem Verbande also nicht gelungen, festen Fuß zu fassen. Wie „Genosse" Arthur Schulz, Sachverständiger auf dem schwierigen Gebiete der sozialdemokratischen Landagitation, in den „Sozialistischen Monatshesten" unlängst verriet, hat der sozialdemokratische Landarbeiterverband in seinem Gau Nordostdeutschland bisher im ganzen noch nicht 500 Mitglieder gewinnen können, und fast noch weniger im Gebiete der ostholsteinischen Landnisser und der nordwestdeutschen Heuerlinge. An Geldopfern und Mühe, an Flugschriften, Kalendern haben es dabei die Sendboten nirgends fehlen lassen. Ganz gewiß wird dieses Mißlingen zum guten Teil auch der Wachsamkeit zuzuschreiben sein, die von der deutschen Landwirtschaft entwickelt worden ist.

Im Deutschen Landwirtschaftsrat legte der Vorsitzende der ostpreußischen Landwirtschaftskammer, Landrat von Batocki-Mledau, für die Abwehr derartiger Bestrebungen großes Gewicht auf das sozial einwandfreie Verhalten der Besitzer gegenüber ihren Arbeitern. Bisweilen schädige ein einziger Unternehmer durch sein unrichtiges Verhalten nicht nur das eigene Interesse, sondern auch das der Gesamtheit seiner Berufsgenossen. Diese anstiftende Haltung komme fast nur vor auf Gütern, die Handels- und Marktmare geworden seien. Es müsse daher schon vom Standpunkt der Fürsorge für die Arbeiter die Beseitigung solcher Güter und ihre Verwendung für die innere Kolonisation gefordert werden. Auch hiermit werde man einen Beitrag zur Lösung der Landarbeiterfrage liefern. Die Landwirtschaft solle sich des Ernstes der Situation klar bewußt sein und alle Mittel in Anwendung bringen, um den Gefahren, die durch die Agitation unter den Landarbeitern hervorgerufen werden, entgegenzuwirken. Auch hier würden die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen zweckentsprechend einzugreifen haben.

Berufungen von Lehrkräften an deutsche Auslandsschulen.

Im Mai 1913 sind durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Berlin folgende Lehrkräfte ins Ausland berufen worden:

Dr. Wolf Stechele, wissenschaftlicher Hilfslehrer an der Oberrealschule in Zehlendorf bei Berlin, als Oberlehrer an die Allgemeine Deutsche Schule (Oberrealschule) in Antwerpen;

Konrad Galler, Lehrer in Gelasfontzig, Kreis Pleß, als Lehrer an die deutsche Schule in Schangshai;

Hermann Remme, Lehrer in Restrup, Bezirk Osnabrück, als Lehrer an die deutsche Schule in Kapstadt;

Richard Fiehring, Lehrer in Kontopp bei Neusalz in Schlesien, als Lehrer an die deutsche Schule in Toluca in Mexiko;

Dr. Hermann Rühlemann, Lehramtspraktikant an der Realschule in Radolfzell in Baden, als Oberlehrer an die deutsche Oberrealschule der evangelischen Gemeinde in Bukarest;

Heinrich Schroer, Lehrer an der deutschen höheren Knabenschule in Smyrna, als Lehrer an die deutsche Schule in Johannesburg in Südafrika;

August Lex, Lehrer in Haute Goutte im Unterelsaß, als Lehrer an die reichsdeutsche Volksschule in Odessa;

Dr. Walter Schirmer, Lehramtspraktikant an der Oberrealschule in Konstanz, als Oberlehrer an die deutsche Oberrealschule der evangelischen Gemeinde in Bukarest;

Heinrich Hofstaetter, Lehramtspraktikant an der Realschule in Kenzingen in Baden, als Oberlehrer an die deutsche Oberrealschule der evangelischen Gemeinde in Bukarest;

Paul Buschakzi, Lehrer an der deutschen Schule in Jedikule bei Konstantinopel, zum Leiter der deutschen Schule in Gent.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser machte gestern nachmittag dem Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg einen längeren Besuch.

Heute morgen von 6½ Uhr ab wohnte Seine Majestät der Kaiser auf dem Truppenübungsplatz Döberitz den Offizierreitstunden der Gardekavallerieregimenter (Geländereiten) bei.

* Der Kaiser von Rußland und die russische Kaiserliche Familie sind gestern nachmittag unter dem Jubel der Bevölkerung in Moskau eingetroffen. Die Stadt ist festlich geschmückt.